bei Draheim 1570. Zu den erfreulicherweise nur selten nicht ausgeschriebenen Vornamen gehört der von Postl (alias Sealsfield, S. 56), der Karl lautet. Bei Ernst Thrasolt (S. 60) handelt es sich um das Pseudonym des in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen sehr bekannten Priesters und Schriftstellers Joseph Matthias Tressel.

In einem weiteren Abschnitt des Buches hat Kessler die selbständig erschienenen Veröffentlichungen W. Koschs zusammengefaßt (S. 94–104), wodurch die große Schaffenskraft und Leistung dieses zu Drahan in Mähren geborenen und in Freiburg (Schweiz), Czernowitz, Leoben und Nymwegen wirkenden Gelehrten aufgezeigt wird.

Der zweite und erheblich kürzere Teil des Buches enthält das Gesamt-Inhaltsverzeichnis der 19 Jahrgänge des „Eichendorff-Kalenders" (1910–1929/30) und ein Nachwort, beide aus der Feder Heiduks, sowie Abbildungen und Textauszüge aus den Eichendorff-Organen (10 S.). Einige feststellbare Vornamen sind nicht angegeben bzw. nicht ausgeschrieben, z.B. bei v. Kralik und v. Pier. Aus Heiduks Nachwort sei die sehr positive berechtigte Einschätzung der 1925–1931 als Monatsbeilage der „Neisser Zeitung" erschienenen „Eichendorff-Blätter für Literatur, Kunst und Wissenschaft" hervorgehoben. Da der Autor das Fehlen vieler dieser Blätter bedauert, sei erwähnt, daß die Stiftung Haus Oberschlesien in Ratingen 6 – Hösel eine Anzahl derselben aus dem Nachlaß Laslowski erhielt.

Das Buch ist ein sehr nützliches Arbeitsinstrument.

Ibbenbüren Hans-Ludwig Abmeier

Ziemie śląskie w granicach II Rzeczypospolitej. Procesy integracyjne. [Die schlesischen Länder in den Grenzen der Zweiten Republik. Integrationsprozesse.] Redaktion: F. Serafin. (Prace naukowe Uniwersytetu Śląskiego w Katowicach, Nr. 716.) Verlag Uniwersytet Śląski. Katowice 1985. 150 S., 10 Abb., 12 Tab. i. T., russ. Zusfass.

Der Sammelband widmet sich überwiegend der Schilderung von Erfolgen oder Mißerfolgen beim Prozeß der Integration Ostoberschlesiens in den neuformierten polnischen Nationalstaat in den Jahren 1922 bis 1939. Die Autoren der acht Einzelbeiträge kommen darin übereinstimmend zu dem Ergebnis, daß trotz intensiver Bemühungen der polnischen Zentralorgane in Warschau in keinem gesellschaftlichen Bereich befriedigende Lösungsmöglichkeiten bei der Überwindung der Integrationsprobleme gefunden werden konnten.

Im ersten Artikel von Władysław Zieliński wird die Rolle der Oberschlesier mit polnischer Muttersprache bei der Neuformierung des polnischen Nationalbewußtseins in der Zeit bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges analysiert. Der Autor konstatiert u.a., daß das ethnische Polentum am stärksten bei der bäuerlichen Bevölkerung in Ostoberschlesien verankert war. Die konservative Grundhaltung der Landbewohner, die sehr zurückhaltend auf Innovationen reagierten, die von außen in ihr Milieu hineingetragen wurden, wirkte auch hemmend bei der Assimilierung dieser Bevölkerungsschichten im industriell-städtischen Milieu. Dennoch, so stellt der Autor fest, setzte nach gewisser Zeit bei dem ins städtische Proletariat abgewanderten Teil der ursprünglich bäuerlichen autochthonen Bevölkerung Ostoberschlesiens verstärkt der Germanisierungsprozeß ein. Bedingt durch diese Entwicklung, konnte die polnische Seite bei der Volksabstimmung im Jahre 1921 vorwiegend nur mit der Unterstützung der bäuerlichen Bevölkerung bzw. Vertretern aus der Schicht der Arbeiter-Bauern rechnen.

Anschließend versucht Małgorzata Śmiałek Verflechtungen zwischen dem nationalen Befreiungskampf und den vom Klassenkampf gesteuerten Aktivitäten der oberschlesischen Arbeiterklasse aufzuzeigen. Durch die Feststellung, daß das Proletariat die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung in den nach der Abstimmung Polen zugesprochenen Teilen Oberschlesiens stellte, wird dem Leser suggeriert, daß der Arbei-

terklasse die Schlüsselrolle im Kampf um die Angliederung Oberschlesiens in den neu entstandenen polnischen Staat zufiel: eine Schlußfolgerung, die angesichts der Tatsache, daß die Abstimmung in den größten Industriestädten des Zentralreviers, wie Kattowitz, Königshütte, Bismarckhütte bzw. Laurahütte, Mehrheiten für Deutschland in der Größenordnung zwischen 65 und 85 Prozent aufwiesen, mehr als nur leichte Zweifel hinterläßt. Die Autorin stellt ferner fest, daß im Bereich der Wirtschaftspolitik verstärkte Bemühungen um die Überwindung der Dominanz des deutschen Kapitals und den Ersatz der deutschen Führungskräfte in Technik und Verwaltung der ostoberschlesischen Industriebetriebe zu beobachten waren. Die Aufgabe „Polonisierung" stand eindeutig vor ökonomisch motivierten Zielsetzungen. Dennoch waren hier die Erfolge relativ bescheiden, denn bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges konnte der Anteil des polnischen Kapitals im Industrierevier lediglich auf 13,4 v. H. gesteigert werden. Das deutsche Kapital war demgegenüber mit 55,3 v. H. nach wie vor beherrschend. Für die Arbeiterklasse Ostoberschlesiens war die Entwicklung im Polen der Zwischenkriegszeit alles andere als erfreulich. Der Lebensstandard hat sich, vor allem während der Weltwirtschaftskrise, dramatisch verschlechtert. Die Arbeitslosigkeit stieg, und die Reallöhne sanken, obwohl das Lohnniveau in Ostoberschlesien immer noch höher war als in den übrigen Teilregionen Polens, ein Umstand, der sich, nebenbei gesagt, sehr negativ auf den sozialen Frieden im Lande auswirkte. So gesehen, erwies sich die Hoffnung, daß sich durch die Eingliederung Ostoberschlesiens in den polnischen Staat die soziale Lage der Arbeiterklasse spürbar verbessern würde, als reine Illusion.

Den ökonomischen Aspekten der Integration ist der Aufsatz von Anna Obersztyn und Jerzy Jaros gewidmet. Die Verfasser schildern die schwierige Lage der ostoberschlesischen Industrie auf dem wenig aufnahmefähigen polnischen Binnenmarkt und den verzweifelten Kampf um neue Absatzmärkte außerhalb der Landesgrenzen. In der Zusammenfassung lassen die Autoren die Frage offen, ob bei den Bemühungen um die Integration der ostoberschlesischen Industrie in die polnische Volkswirtschaft sowie *um die Zurückdrängung des dort nach wie vor spürbaren deutschen Einflusses alle ge*botenen Chancen genutzt wurden; offenbar wurden sie es nicht.

Franciszek Serafin widmet sich in seinem Artikel der Entwicklung der ostoberschlesischen Landwirtschaft. Dabei stellt er u. a. fest, daß der Agrarsektor Ostoberschlesiens eine Leitfunktion für Gesamtpolen übernahm, und dies, obwohl die Landwirtschaft wegen der herausragenden Dominanz des Steinkohlenbergbaus und der Eisenhüttenindustrie in der Region lediglich eine untergeordnete Rolle spielte. Das überragende Niveau der oberschlesischen Landwirtschaft wurde in den Bereichen Marktproduktion, Kulturtechniken, Anbauintensität, Arbeitseinsatz und professionelle Haltung der oberschlesischen Bauern besonders deutlich. Trotz der sehr geringen Bonität großer Teile des Ackerlandes in Ostoberschlesien wurden überdurchschnittliche Erträge erwirtschaftet. Der nahe Absatzmarkt im Industrierevier, der hohe Anteil des Großgrundbesitzes sowie das herausragende Leistungsniveau eröffneten günstige Entwicklungsperspektiven für die ostoberschlesische Landwirtschaft. Resümierend stellt der Autor jedoch fest, daß sowohl hinsichtlich der Bodenreform als auch bezüglich der Integrationsbemühungen die erzielten Ergebnisse weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben sind.

Den Einfluß der nach Ostoberschlesien zugewanderten Bevölkerung auf den Integrationsprozeß analysiert Maria Wanatowicz im fünften Artikel. Einleitend stellt die Autorin fest, daß die polnische Intelligenz in Ostoberschlesien so gut wie gar nicht vertreten war. So gab es keine andere Alternative als die zahlreichen neuen Führungspositionen in Wirtschaft und Verwaltung fast ausschließlich mit Kadern zu besetzen, die aus Galizien bzw. Kongreßpolen stammten. Schon diese Maßnahmen stießen auf

erheblichen Widerstand der alteingesessenen Bevölkerung. Die Kritik verschärfte sich noch, als zu Beginn der 1930er Jahre die ersten Hochschulabsolventen aus Ostoberschlesien infolge der durch die Weltwirtschaftskrise ausgelösten Rezession keine Arbeitsplätze erhielten. Der Vorwurf, daß Ostoberschlesien von der nichtautochthonen Intelligenz beherrscht würde, hat die Integrationsbemühungen nicht gerade begünstigt. W. schließt mit der Feststellung, daß eines der Hauptziele, nämlich die Schaffung einer leistungsfähigen polnischen Intelligenz- bzw. Bürgerschicht in Ostoberschlesien, während der Zwischenkriegszeitperiode nicht verwirklicht werden konnte.

Wiesława Korzeniowska analysiert die Rolle des Schulwesens beim Integrationsprozeß. Die Autorin konstatiert, daß in Oberschlesien zwei Kulturkreise um die Dominanz fochten. Der Auftrag an die polnischen Bildungsanstalten ging hier folglich über reine Erziehungs- und Lernziele weit hinaus und schloß die allumfassende Betreuung mit ein, um auf diesem Wege die patriotischen Gefühle und das Nationalbewußtsein bei den oberschlesischen Kindern zu wecken bzw. zu festigen. Angaben über die Entwicklung der Schülerzahlen in den jeweiligen Schulstufen sowie über die Anzahl der „nichtautochthonen" Lehrer gewähren einen Einblick in die schwierige Situation beim Aufbau des polnischen Schulwesens in Ostoberschlesien.

Mit der Problematik der gesellschaftlichen Einbeziehung Ostoberschlesiens in den Verband der Zweiten Republik beschäftigt sich der Artikel von Eugeniusz Kopeć. Als die Hauptaufgabe in diesem Bereich wurde die Nivellierung der Unterschiede in der Gesellschaftsstruktur der jeweiligen Teilräume angesehen. Für Ostoberschlesien hieß die Aufgabe konkret: Schaffung einer neuen polnischen Ober- und Mittelschicht. Daß diese Aufgabe nicht leicht zu realisieren war, wird aus der Tatsache deutlich, daß während der Zwischenkriegszeit längst nicht alle Deutschen, die Positionen in diesen Bereichen bekleideten, Ostoberschlesien verlassen haben, ganz im Gegenteil: Durch die Minderheitengesetzgebung geschützt, blieben vor allem diejenigen Personen, die ihre Existenzgrundlage in Ostoberschlesien verankert sahen. Dazu zählten vor allem Geschäftsleute, selbständige Handwerker sowie Führungskräfte in der Industrie. Daß bei der Konkurrenz um die begehrten oberen Positionen in der gesellschaftlichen Hierarchie nationalgefärbte Auseinandersetzungen nicht ausbleiben konnten, versteht sich. Insbesondere Vertreter aus den ärmsten sozialen Schichten: Arbeitslose, ungelernte Arbeitskräfte sowie Landarbeiter ohne Bodenbesitz, verbanden den Anschluß Ostoberschlesiens an den polnischen Staat mit der Erwartung eines sozialen Aufstieges und der Verbesserung ihrer Lebensbedingungen, denn die polnische Volksabstimmungspropaganda war vom Mythos: „Polen, der Staat der sozialen Gerechtigkeit" beherrscht. Um so größer war später die Enttäuschung über das Erreichte gerade in diesen sozialen Gruppen.

Józef Ciągwa weist in seinem Beitrag „Das Recht als Faktor der gesellschaftlichen Integration der schlesischen Wojewodschaft mit der Republik sowie die Mittel zu seiner Unifizierung" insbesondere auf die Schwierigkeiten hin, die sich aus der Tatsache ergaben, daß in verschiedenen Bereichen der Rechtsprechung deutsche bzw. österreichische Gesetze noch gültig waren. So galt beispielsweise das deutsche Strafrecht bis zum 31. August 1931 und das deutsche Familien- bzw. Erbrecht sogar noch bis zum Jahre 1946. Bei der Einführung des polnischen Rechts gab es Widerstand, vor allem dann, wenn nach polnischer Gesetzgebung Nachteile für die Bevölkerung zu erwarten waren. Das galt insbesondere für die Sozialgesetzgebung, was die oben erwähnte Enttäuschung sozialer Unterschichten verstärkte.

Insgesamt verdeutlichen die Ergebnisse aus den Teilanalysen, daß der Prozeß der Integration Ostoberschlesiens mit dem neuentstandenen polnischen Staat sehr schwierig war und beim Ausbruch des Zweiten Weltkrieges keineswegs als abgeschlossen gelten konnte. Die – gemessen am bisherigen – wesentlich differenziertere Sichtweise die-

ser Prozesse macht die Erkenntnisse der Einzelbeiträge wertvoll. Aber die Tatsache, daß die Zusammenfassungen am Ende der jeweiligen Aufsätze leider nur in Russisch erscheinen, macht sie für die westlichen Wissenschaften nur bedingt zugänglich.

Tübingen Manfred Pawlitta

Wybrane problemy przeobrażeń społecznych Górnego Śląska. [Ausgewählte Probleme des gesellschaftlichen Wandels in Oberschlesien.] Praca zbiorowa pod red. Janusza Sztumskiego i Jacka Wodza. (Polska Akademia Nauk, Oddział w Katowicach, Komisja filozofii i socjologii.) Zakład Narodowy im. Ossolińskich, Wyd. PAN. Wrocław, Warszawa, Kraków, Gdańsk, Łódź 1985. 176 S., 36 Tab. i. T.

Die Herausgeber des Sammelbandes stellen in der Einführung fest, daß die in fünf Einzelbeiträgen behandelten Probleme die charakteristischen Merkmale des gesellschaftlichen Wandlungsprozesses in Oberschlesien widerspiegeln, ein Anspruch auf Vollständigkeit wird mit dieser Feststellung allerdings nicht erhoben.

Im ersten Beitrag setzt sich Jacek Wódz mit Entwicklungsproblemen oberschlesischer Städte auseinander, wobei er auch Ergebnisse anderer soziologischer Untersuchungen mit einbezieht. Dabei stellt der Autor u. a. fest, daß in der wechselvollen Geschichte Oberschlesiens die Wurzeln für die in dieser Region spürbaren Eigentümlichkeiten zu suchen sind. Doch viele seiner Äußerungen, die sich auf die Entwicklung vor 1945 beziehen, sind nationalistisch gefärbt und entsprechen nicht den Tatsachen. Zwei Beispiele sollen diese Feststellung erhärten. So schreibt W., daß „die preußische Administration und das preußische Kapital (sowie seine Eigentümer) seit Übernahme der polnischen Regierungsgewalt durch von außen zugewanderte polnische Bevölkerung ersetzt wurden" (S. 12). Bekanntlich waren von dem Industriekapital Ostoberschlesiens im Jahre 1939 lediglich 13,5 v. H. in polnischer Hand. Fraglich ist auch, wie der Autor zu der Feststellung gelangen konnte, daß vor der Machtübernahme polnischer Verwaltungsorgane in den ostoberschlesischen Städten „die polnische Bevölkerung die entscheidende Mehrheit" stellte. Die Antwort auf die Frage, wie sich angesichts dieser Behauptung die Mehrheiten für Deutschland bei der Volksabstimmung vom 20. März 1921 in den größten Städten Ostoberschlesiens (Kattowitz 85,7 v. H., Königshütte 74,7 v. H., Laurahütte 66,6 v. H., Bismarckhütte 64,2 v. H., Myslowitz 56,1 v. H. und Siemianowitz 56,2 v. H.) erklären lassen, blieb er leider schuldig.

Nachdem W. die wesentlichsten Merkmale der oberschlesischen Städte und ihre räumliche Anordnung beschrieben hat, interpretiert er anschließend einige Ergebnisse aus soziologischen Untersuchungen anderer Autoren. Als den mit Abstand wichtigsten städtebildenden Faktor bezeichnet er die stürmische Entwicklung im Steinkohlenbergbau und in der eisenschaffenden Industrie. Am Beispiel der neuen Städte im Rybniker Steinkohlenrevier (ROW) sowie der ehemalligen Satellitenstadt des alten Revierkernes Tichau analysiert W. die sozialen Probleme beim Prozeß der Stadtwerdung. Anschließend stellt er Forschungsergebnisse aus Stadtteilanalysen vor. Dabei wird der Wojewodschaftskultur- und Erholungspark im Zentrum des Reviers durchaus positiv bewertet. Untersuchungen über die Cityfunktionen in Kattowitz und Gleiwitz weisen für die Wojewodschaftshauptstadt erhebliche Defizite nach. Die Einwohner von Kattowitz beklagen das Fehlen einer echten City, und nur wenige können sich mit „ihrem" Stadtzentrum identifizieren. Abschließend präsentiert W. Teilergebnisse aus Untersuchungen über soziale Probleme in Neubausiedlungen oberschlesischer Städte. Als Fazit fordert der Autor, daß bei künftigen sozio-ökonomischen Untersuchungen innerhalb der Industrieagglomeration der eigenständige Charakter durch sorgfältige Fragestellungen und angepaßte Methodenwahl stärker berücksichtigt wird, da sich Oberschlesien in vielerlei Hinsicht von den übrigen polnischen Gebieten unterscheide.